

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend wirksame Entlastung der Pendlerinnen und Pendler durch mehr Gerechtigkeit bei Kilometergeld und Pendlerpauschale, eine Offensive bei Bus und Bahn sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Erdölabhängigkeit

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (1066 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988 und die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert werden (1096 d.B.)

Durch unzureichende Alternativen zum Auto haben viele Pendlerinnen und Pendler in Österreich keine Wahlmöglichkeit beim Erreichen ihres Arbeitsplatzes. Die hohen und absehbar in Zukunft weiter steigenden Erdöl- und damit Treibstoffpreise schlagen aufgrund dieser verkehrs- und mobilitätspolitischen Versäumnisse schmerzlich und vielfach unausweichlich bis in die Geldbörse unserer Pendlerinnen und Pendler durch. Die Verbesserung des Angebots bei Bus und Bahn sowie die wirksame Bewerbung des bestehenden Angebots dort, wo es qualitativ zumutbar ist, ist daher ein Gebot der Stunde und muss darüber hinaus auch in den nächsten Jahren budgetär wie politisch hohe Priorität bekommen.

Zugleich ist das bestehende System bei Kilometergeld und Pendlerpauschale in mehrererlei Hinsicht sozial und ökologisch ungerecht: Etwa durch nur halb so hohe Beträge im Pendlerpauschale für Bus- und BahnpendlerInnen im Vergleich zum PKW bei gleichen Pendeldistanzen oder durch die Details der steuerlichen Geltendmachung.

Schließlich ist es angesichts der energie- und umweltpolitischen Faktenlage dringend geboten, zielführende und entschiedene Schritte zur Reduktion der Abhängigkeit Österreichs von Erdölimporten und der Ölpreisentwicklung zu setzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG:

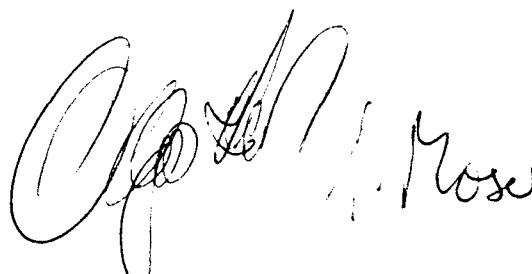
Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen, der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden aufgefordert, die nötigen Maßnahmen und gesetzlichen Schritte einzuleiten, um

- 1) beim Pendlerpauschale eine vom benutzten Verkehrsmittel unabhängige Bemessung nach dem Prinzip "Gleicher Betrag für gleiche Pendeldistanz" herbeizuführen und damit die derzeitige finanzielle Benachteiligung von Bus- und BahnenutzerInnen gegenüber BezieherInnen des "Großen Pendlerpauschale" zu beenden;
- 2) beim Pendlerpauschale und dem Kilometergeld die soziale Ausgewogenheit durch Überprüfung und Änderung der steuerlichen Geltendmachung (Absetzbetrag) zu verbessern;
- 3) die seit dem Jahr 2000 von der Bundesregierung versprochene „Angebots- und Qualitätsoffensive“ im Öffentlichen Verkehr zugunsten hunderttausender Pendlerinnen und Pendler endlich umzusetzen;
- 4) in diesem Zusammenhang vor allem die Kürzungen (alleine heuer 2 Mio. Euro weniger als 2004) bei den Bundesbeiträgen zu neuen Angeboten im Öffentlichen Verkehr nach dem ÖPNRV-Gesetz rückgängig zu machen und die entsprechenden Mittel umgehend wieder aufzustocken;

5) die Abhängigkeit von immer teureren Erdölimporten unter anderem durch folgende Maßnahmen zu reduzieren:

- weiterer Ausbau von Ökostromanlagen durch ein kosteneffizientes und ambitioniertes Ökostromgesetz
- Schaffung eines Energieeffizienzfonds zur Entwicklung eines attraktiven Markts für Energieeffizienzdienstleistungen
- verstärkte Förderung von alternativen, Erdöl-unabhängigen Fahrzeug- und Antriebstechnologien
- Programm „Energie vom Feld“: Ersetzen von Öl durch Biomasse (Stroh, Waldhackgut) im Wärmemarkt
- Forcierung der Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz u.a. durch entsprechende Regelung im Gaswirtschaftsgesetz


J. Renn-füller
